



Beschluss des Unterbezirksparteitages vom 17.03.2012 zur Standortfrage der Rhein-Main-Hallen

1. Die Wiesbadener SPD tritt für den Neubau eines innenstadtnahen Wiesbadener Kongresszentrums am Standort Friedrich-Ebert-Allee ein.
2. Mit dem Neubau der Rhein-Main-Halle am nahezu jetzigen Standort, wird auch die Idee verfolgt, durch eine einzigartige Architektur ein neues Wahrzeichen für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu schaffen, das für alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener und ihre Besucher, auch unabhängig vom jeweils aktuellen Kongress- und Messegeschäft, eine attraktive öffentliche Nutzung beinhaltet. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die Idee eines Wahrzeichens an dieser Stelle entwickeln.
3. Ein Neubau am Standort Friedrich-Ebert-Allee darf die Herbert-Anlagen so wenig wie möglich beeinträchtigen und muss der historischen Wandelhalle den notwendigen Freiraum lassen, in ihrer Wirkung erhalten zu bleiben. In der erforderlichen Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Rhein-Main-Hallen auf der einen und den stadtgestalterischen Belangen und dem Denkmalschutz auf der anderen Seite, dürfen die wirtschaftlichen Aspekte nicht überbewertet werden, da diese weniger langfristig wirken, als ein für Jahrzehnte stadtbildprägendes Gebäude an prominenter Stelle.

Sollte die weitere Durchplanung der Alternative Friedrich-Ebert-Allee ergeben, dass wegen der notwendigen Wahrung des Denkmalschutzes für die Herbert-Anlage die Einbeziehung der bestehenden Halle 5/10 – Ausstellungshalle für Kongresssponsoren – in die erste Bauphase unumgänglich ist, kann ein temporäres Bauwerk, nach dem Beispiel vorbildlicher Pavillons auf der Weltausstellung in Hannover, für diese Aussteller auf dem Parkplatz an der Wilhelmstraße errichtet werden.

4. Der Neubau soll nach den neuesten Umweltleitlinien als „green building“ konzipiert werden (Erläuterungen zu „green building im Anschluss an den Antrag).
5. Die SPD wird auf allen Ebenen aktiv dafür werben, dass sich möglichst viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener an der Entscheidung zu Standort der neuen Halle beteiligen und in den damit verbundenen Beteiligungsformen engagieren. Wir wünschen uns, dass die für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt offene Befragung intensiv genutzt wird und auch die verschiedenen Foren und Bürgerversammlungen dem Austausch über das Projekt dienen. Wir verstehen dies als längst fälligen Einstieg der Stadt in zeitgemäße Beteiligungsformen bei bedeutenden Bauvorhaben.



6. Auch im Anschluss an die Standortentscheidung soll die Bürgerbeteiligung für die architektonische Gestaltung des Bauwerks weitergeführt werden, damit die Halle an der Friedrich-Ebert-Allee zu einem Wiesbadener Wahrzeichen wird, das die Wiesbadener Bürgerschaft aktiv mitgestaltet hat und das damit zu einem herausragenden Zeugnis einer stolzen Stadtgesellschaft werden kann!
7. Die unter 5. und 6. beabsichtigte Bürgerbeteiligung setzt voraus:
 - Rechtzeitigkeit (Frühzeitigkeit),
 - ausführliche, auch für in Planungsdingen Ungeübte verständliche Information und
 - Transparenz der Entscheidungsprozesse

Dieses ist bei der bisherigen Praxis nur sehr bedingt der Fall. Der Arbeitskreis Stadtentwicklung von Partei und Fraktion wird aufgefordert, sich aktiv in den weiteren Prozess bei Entwicklung und Durchführung der anstehenden Beteiligungsformen einzuschalten.

Begründung:

Der Kongressstandort Wiesbaden ist in hohem Maße von einem modernen Kongresszentrum abhängig. Die derzeitigen Rhein-Main-Hallen erfüllen die Anforderungen an ein modernes Messe- und Kongresszentrum nicht mehr, ein Neubau ist aus ökonomischen, ökologischen, ästhetischen und infrastrukturellen Gründen notwendig.

Der bisherige Standort der Rhein-Main-Hallen bietet nicht nur genügend Raum für ein neues, modernes Messe- und Kongresszentrum, er ist auch verkehrlich erschlossen und bei der Bevölkerung als Kongressstandort eingeführt.

Andere Standorte wie etwa an der Mainzer Straße oder auf der „grünen Wiese“ außerhalb des Stadtzentrums sind mit dem Anspruch, eine Kongresshalle in fußläufiger Entfernung zum Stadtzentrum zu verfügen, nicht zu vereinbaren. Gerade dieser Anspruch ist es aber, der nach Einschätzung von Marketing- und Tourismusexperten den Reiz Wiesbadens als Messe- und Kongressstandort ausmacht. Insofern kommen für **die Wiesbadener SPD nur innenstadtnahe Standorte als Alternative in Frage.**

Der lange diskutierte und in Erwägung gezogene Standort Wilhelmstraße (Ecke Frankfurter Straße) eignet sich nach Ansicht der Wiesbadener SPD ebenfalls nicht zur Ansiedlung einer Messehalle. Die problematische Verkehrserschließung, die mangelnde Erweiterungsmöglichkeit, die negativen Auswirkungen auf das Stadtbild und die erhebliche Beeinträchtigung des denkmalgeschützten Villenensembles östlich der Wilhelmstraße lassen die SPD von dieser Variante Abstand nehmen.



Erläuterungen zu „green building“:

Bei „green building“ geht es um ein Zertifizierungssystem, im Rahmen dessen Anforderungen an

- Baugelände und Bauprozess, d.h. Lärmauswirkungen auf die Umgebung, Baumschutz, Staubbildung und Ablagerungen im Rahmen des Bauprozesses, Baustellenabfall-Management,
- Recyclingfähigkeit der Baumaterialien,
- Trinkwassereinsparungen im fertigen Gebäude, Regen- und Grauwassernutzung und die gerade bei großflächigen Kongresszentren sich anbietenden Dachbegrünungen,
- Energieeffizienz des gesamten Gebäudekomplexes und Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien auf dem Projektgelände,
- Vermeidung von FCKW-haltigen Kältemitteln und die Einführung eines Wertstoffsammelkonzeptes für die Nutzungsphase,
- Optimale Raumluftqualität und Innenraumklima incl. Rauchverbot,

von vornherein als Planungsvorgabe formuliert und für das fertige Gebäude zur nachprüfbaren Maßgabe gemacht werden.